

März nicht zufrieden ist und erkennt, daß er einen Fehler gemacht hat“ (U. Walendy 1965, S. 131).

Der englische Historiker P. H. Nicoll urteilte: „*Es muß hervorgehoben werden, daß Hitler Böhmen und Mähren nicht annektierte. Er schuf lediglich ein Protektorat, das den dort lebenden Völkern eine weitgehende Autonomie beließ... Niemand... wird behaupten dürfen, daß Hitler willkürlich und mit brutaler Gewalt Besitz von der tschechischen Republik ergriffen habe. Beide Parteien des zerrütteten und von Feindschaft gespaltenen Staates gingen Hitler um Schutz an, jede gegen die andere... Nicht eine tschechische Hand erhob sich und nicht ein Schuß erfolgte gegen den sogenannten Aggressor und Eindringling. Ist es nicht seltsam, ... daß kein einziger Hilferuf an eine andere Macht gegen den deutschen Feind erging?*“ (U. Walendy 1965, S. 130).

Noch vor dem Druck von seiten Roosevelts hatte Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, den rumänischen Gesandten in London, Tilea, beeinflusst, am 17.3. in einer Presseerklärung zu behaupten, Deutschland habe Rumänien während der laufenden Wirtschaftsverhandlungen ein Ultimatum gestellt, was natürlich ein großes Presseecho zur Folge hatte. Der rumänische Außenminister Gafencu dementierte. Er beklagte sich bei dem US-Gesandten in Bukarest, Gunther, wie dieser aus Bukarest am 20.3. berichtete, Tileas Falschmeldung „*sei von den jüdisch kontrollierten Verlagen der westlichen Presse aufgegriffen worden*“ (D. Hoggan 1976, S. 403).

Das Rüstungswerk Skoda bei Pilsen besaß bei 30.000 Arbeitern einen Werksschutz von nur 137 Mann, von denen wiederum nur 30 Deutsche waren. Daß bis Ende 1944 keine Sabotagefälle vorkamen, läßt den Schluß zu, daß die tschechischen Arbeiter nicht unzufrieden waren.⁷

7 Ab Herbst 1944 wurde zum Schutze der Mährischen Pforte und von Olmütz ein riesiger Panzergraben gebaut mit 15.000 tschechischen Freiwilligen, „*die morgens singend zur Arbeit marschieren*“ (persönl. Mitteilung eines Tatzeugen).

Das Memelgebiet, seit 1919 unter alliierter Verwaltung wurde 1923 von Litauen annektiert. Bei den Landtagswahlen von 1935 gab es 1.592.604 Stimmen für die deutsche Liste und 369.457 für litauische Listen. Es wurde am 22.3.1939 von Litauen mit einem deutsch-litauischen Staatsvertrag zurückgegeben. (H. Bernhardt 1988).

10 Europa 1939 bis zum Kriegsbeginn

Im August 1938 leitete England seine Politik der Unterstützung Polens mit einem Besuch von Duff Cooper, dem Ersten Lord der Admiralität, in Warschau ein, dem die Unterrichtung Polens durch Halifax folgte, daß England Polen in der Danzigfrage gegen das Reich unterstützen werde.

Schon 1939 schrieb Lord Vansittart, Staatssekretär im Foreign Office, an den holländischen Außenminister; „*Deutschland muß unbedingt zerschlagen werden. Die Bolschewisierung Deutschlands ist ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen*“ (F. Becker, 1993).

Zwischen Deutschland und Polen standen Verhandlungen zur Regelung von Straßenbaufragen an. Diesen Anlaß nutzte v. Ribbentrop, um dem polnischen Botschafter Lipski am 24.10.1938 Vorschläge der Reichsregierung zur „*Bereinigung aller bestehenden Reibungspunkte zwischen Deutschland und Polen*“ vorzulegen. Er sagte, das wären Vorschläge ähnlich dem deutschen Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Südtirol. Sie enthielten im wesentlichen folgende Punkte:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück. Danzig ist deutsch, ist immer deutsch gewesen und wird immer deutsch bleiben.
2. Durch den Korridor soll eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt werden.
3. Polen soll im Danziger Gebiet eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen erhalten.

4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Nationen erkennen ihre gemeinsamen Grenzen an, gegebenenfalls könne man zu einer Garantie der Territorien kommen.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird auf 10 bis 25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen eine Konsultativklausel in den Vertrag ein.

Demgegenüber, daß in der Weimarer Republik alle Regierungen und alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten stets die bedingungslose Rückgabe der 1919 im Osten anektierten Gebiete gefordert hatten, waren das in der Tat außerordentlich maßvolle Vorschläge.

Der polnische Botschafter antwortete ausweichend.

Bei Gesprächen mit dem polnischen Außenminister Beck am 5. und 6.1.1939 betonte Hitler, daß ebenso wie Polen den Zugang zum Meer benötige, auch für Deutschland die Notwendigkeit der Verbindung mit Ostpreußen bestehe. Er versicherte Beck, Deutschland werde in Danzig kein *fait accompli* unternehmen. Kurz vor dem Gegenbesuch v. Ribbentrops in Warschau am 26.1.1939 setzte Bullitt in Paris durch, daß die französische Regierung ihr erst im letzten Dezember erklärtes Desinteresse an Osteuropa wieder aufgab. Becks Kenntnis davon hatte zur Folge, daß am 26.1. die in Warschau bereits ausgetauschten freundlichen Reden nicht mehr gehalten wurden.

In den Berichten des polnischen Botschafters in Washington, Graf Potocki, an seine Regierung wurde bereits vor Jahresende 1938 die Einflußnahme Roosevelts auf Polen sichtbar. Am 21.11.1938 berichtete Graf Potocki an den polnischen Außenminister über eine Unterredung mit Bullitt, den Sonderbotschafter Roosevelts in Paris, am 12.11., noch ehe Bullitt seine neuen Instruktionen erhalten hatte: „... *Über Deutschland und den Kanzler Hitler äußerte er sich mit größter Vehemenz und mit starkem Haß. Er sprach davon, daß nur Stärke und zwar am Schluß eines Krieges der wahn-sinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen könnte. Auf meine Frage, wie er sich diesen kommenden Krieg vorstelle, erwiderte er, daß vor allem die Vereinigten*

Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können...“ (Ausw. Amt 1940, Nr. 3, S. 21). In Potockis Bericht vom 12.1.1939 (siehe Anhang A8) werden bestimmte Exponenten der hinter Roosevelt stehenden Hintergrundmächte beim Namen genannt, die bewußt auf den Krieg gegen Deutschland hinarbeiteten. Am 16.1.1939 versicherte Bullitt Graf Potocki, daß die USA *„bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf seiten Englands und Frankreichs einzugreifen“*. Im Besitz seiner neuen Instruktionen, erläuterte Bullitt dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, Anfang Februar das amerikanische Interesse und meinte, wenn Chamberlain ein neues München versuchen sollte, so verfügten die USA über *„viele verschiedene und sehr mächtige Druckmittel, die das verhindern würden“* (D. Bavendamm 1983, S. 499). Wiederholt sprach er zu Lukasiewicz offen über die Kriegsabsichten der USA (siehe Kap. 18). Der deutsche Geschäftsträger in Washington, Thomsen, berichtete am 27.3.1939 nach Berlin: *„Die Kundgebungen und Maßnahmen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, daß der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten... Roosevelt ist in seinem Inneren davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muß“* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 292; siehe Anhang A9).

Am 10.2.1939 schlossen England und Frankreich ein geheimes Militärbündnis ab, und am 15.2. wurde in England das Gesetz zur Einführung der Wehrpflicht eingebracht.

Ganz im Sinne der Einkreisungspolitik hatte die englische Regierung den Vorschlag eines Viererpaktes England-Frankreich-Polen-UdSSR gemacht, auf den Polen am 23.3. dahingehend antwortete, daß es einen Zweierpakt England-Polen vorzöge. Etwa zur gleichen Zeit begann Bullitt, energisch auf die englische Garantienpolitik gegenüber Polen hinzuarbeiten, und machte zunächst in einem Gespräch mit Lukasiewicz am 24.3. den Vorschlag einer Allianz Polens mit England und Frankreich. Anschließend wies er seinen Londoner Kollegen

Kennedy an, am 26.3. Chamberlain auf seinem Landsitz aufzusuchen und diese Allianz zu fordern. Infolge bereits zugesagter Flugzeuglieferungen, des bereits geschlossenen Flottenabkommens und weiterer Abmachungen war England schon so abhängig von den USA, daß Chamberlain kapitulierte. Am Nachmittag des 26.3. konferierte er mit Halifax über eine Polengarantie. Lukasiewicz erfuhr sofort davon, und noch am selben Tage brachen die Verhandlungen v. Ribbentrops mit Lipski in Berlin zusammen (siehe auch Kap. 12).

Schon kurz vorher, am 23.3.1939, war in Polen eine Teilmobilmachung angeordnet worden, die die polnische Armee auf eine Stärke von 750.000 Mann brachte, und am gleichen Tage hatten die polnischen Befehlshaber den Aufmarschplan für einen Krieg gegen Deutschland erhalten (D. Hoggan 1976, S. 425).

Unmittelbar danach, in einem Gespräch am 25.3.1939, dessen zum Teil veränderte Niederschrift beim IMT Nürnberg vorgelegt wurde, führte Hitler gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, aus, daß er die polnische Frage vorläufig nicht lösen wolle und daß er nicht beabsichtige, die Danziger Frage gewaltsam zu lösen (D. Barendamm 1983, S. 539).

Am 29.3. meldete sich Kennedy nochmals bei Halifax mit einer Mitteilung, die der Spitzenagent und Deutschlandkorrespondent des News Chronicle, Jan Colvin, vom deutschen Widerstand mitgebracht hatte und die besagte, daß die deutsche Wehrmacht sprungbereit an der polnischen Grenze stünde. Das war ein glatte Lüge, denn erst nach der polnischen Teilmobilisierung wurde die Planung zum Fall Weiß am 3.4. von Hitler in Auftrag gegeben. Bis dahin gab es keinerlei deutsche militärische Planungen für einen Krieg gegen Polen. In der Anlage zum Fall Weiß vom 11.4.1939 hieß es: „*Die gegenwärtige Haltung Polens erfordert es, über die bearbeitete Grenzsicherung Ost hinaus militärische Vorbereitungen zu treffen, um nötigenfalls jede Bedrohung von dieser Seite auszuschließen. Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden*“ (U. Walendy 1967, S. 336). Am 29.3. wurde Colvin von Chamberlain auf Veranlassung von Churchill empfangen. Colvin

sprach von Plänen, die in Berlin zum Sturze Hitlers gefaßt worden waren, wenn Deutschland in einen Krieg verwickelt werden sollte. Auf die Frage nach Namen, nannte er Beck v. Witzleben, H. v. Bismarck und Ewald v. Kleist-Schmenzin, fragte: „Würde es diese Leute beeinflussen, wenn wir Polen eine Garantie geben?“ Colvin darauf: „Das würde helfen“ (A. v. Ribbentrop 1963, S. 336, 1967, S. 260). Daraufhin entschied sich Chamberlain zur Garantie gegenüber Polen, die die entscheidende Wende zum Kriege war (D. Bavendamm 1983, S. 531 f.). Wie stark Chamberlain von den Falschmeldungen des Widerstandes beeinflußt war, geht aus einem Brief an seine Schwester vom 10.9.1939 hervor: „*Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg..., sondern ein Kollaps der deutschen inneren Front*“ (K. Feiling, London 1947, S. 418).

Am 31.3.1939 erklärte Chamberlain im Unterhaus: „*Um den Standpunkt Seiner Majestät Regierung für die Zeit, bis die Beratungen (mit anderen Regierungen) abgeschlossen sind, völlig klarzumachen, habe ich dem Hause jetzt mitzuteilen, falls während dieser Periode die polnische Unabhängigkeit durch irgendeine Aktion eindeutig in Gefahr gerate und die polnische Regierung es als lebenswichtig erachte, mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand zu leisten, so würde sich die Regierung alle in ihrer Macht stehende Unterstützung zu gewähren. Sie hat darum der polnischen Regierung eine entsprechende Zusicherung gegeben*“ (D. Hoggan 1976, S. 455).

In später Erkenntnis schrieb Churchill nach dem Krieg: „*Die Polengarantie war ein Markstein zum Verhängnis*“ (D. Irving 1990).

In einem Geheimprotokoll, von dem das Unterhaus erst im Oktober 1939 Kenntnis erhielt, wurde festgestellt, daß sich diese Garantie nur auf die Bedrohung Polens durch das Deutsche Reich bezog. Damit hatte England auf Betreiben Roosevelts die Möglichkeit zur Veranlassung des Krieges in die Hand des polnischen Chauvinismus gegeben. Die Garantieerklärung wurde am 25.8.1939 in einem Beistandsvertrag zwischen England und Polen verankert.

Aber selbst, als Rußland nach dem Beginn der Verhandlungen mit England am 15.4. forderte, daß der englische Ga-

rantievertrag für Polen nur auf einen Angriff Deutschlands auf Polen beschränkt würde und Rußland zudem Durchmarschrechte durch Polen verlangte – was Warschau ablehnte –, wies Polen jeden deutschen Verständigungsvorschlag zurück.

Am 26.4. wurde in England die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Da die englische Garantie gegenüber Polen, die polnischen Maßnahmen der Teilmobilisierung und die Ablehnung von Verhandlungen im Widerspruch zu den von Deutschland mit England und Polen abgeschlossenen Abkommen des Flottenvertrages bzw. des Nichtangriffspaktes standen, kündigte Hitler diese Verträge in seiner Rede vor dem Reichstag am 28.4., in der er sich vor allem mit Roosevelt auseinandersetzte. Auf der anderen Seite sicherte er Polen seine fortdauernde Verhandlungsbereitschaft zu und wiederholte die Vorschläge v. Ribbentrops vom 24.10.1938 zur Beseitigung der Spannungen mit Polen. Aber Lipski sagte zu v. Ribbentrop am gleichen Tage, jede weitere Verfolgung deutscher Pläne bezüglich Danzigs würde den Krieg mit Polen bedeuten.

Daß die polnische Führung fest zum Kriege entschlossen war, geht aus einer Ansprache des polnischen Oberbefehlshabers, Marschall Rydz-Smigly, im Juni an polnische Offiziere hervor: *„Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht verhindern können, selbst wenn es das wollte“* (B. v. Richthofen 1975, S. 52).

Nach der Garantie vom 31.3. unternahmen Strang, Leiter der mitteleuropäischen Abteilung, und Jebb, Mitarbeiter derselben Abteilung, in Warschau einen Besuch zur Erkundung der polnischen Haltung. Aus Jebbs Bericht geht hervor, daß die Kriegsabsichten der Polen darauf hinzielten, die Deutschen aus den bis zur Oder zu erobernden Gebieten zu vertreiben. Jebb stellt außerdem fest, daß die Polen ohne die englische Garantie *„ihre gegenwärtige Haltung Deutschland gegenüber ernsthaft revidieren würden“* (M. Klüver 1993, S.105 f.).

Am 10.7.1939 berichtete der deutsche Botschafter Dirksen aus London: *„Durch eine Reihe von verschiedenen Faktoren sei die für emotionale Reaktionen empfindliche öffent-*

liche Meinung Englands in einen Geisteszustand versetzt worden, der den Begriff „Krieg“ zum Mittelpunkt des Denkens und der Gespräche mache.“ Diese Stimmung war durch die Kriegshetze der Presse erzeugt worden, z. B. durch Verbreitung falscher Nachrichten aus Danzig durch United Press, die der polnische Außenminister spöttisch als: „das 49. Putschgerücht aus Danzig“ kommentierte (M. Klüver 1984, S. 232).

Im Mai 1939 bemühte sich Papst Pius XII. um eine Konferenz von Deutschland, Italien, England, Frankreich und Polen. Während Deutschland und Italien dem Plan zustimmten, wurde er von den anderen Mächten verworfen.

Churchill sagte zu dieser Zeit zu seinem Freund B. Baruch: „*Der Krieg kommt nun sehr bald. Wir werden hineinsteigen und sie (die USA) werden es auch tun. Sie (Baruch) werden die Sache drüben machen, aber ich werde hier aufpassen*“ (E. Kern 1988, S. 168).

Ganz im Gegensatz dazu stand die auf Verhandlungen mit Polen eingestellte Reichsregierung. Schon Anfang Juni erläuterte Göring Henderson die Ansicht Hitlers, daß Danzig und der Korridor keine dringende Angelegenheit seien. Diese deutsche Ansicht war in den britischen Kabinettsitzungen vom 19.7. und 26.7. bekannt (M. Klüver 1984, S. 250 f.).

Am 16.6.1939 berichtete Henderson an Sargent im Foreign Office, **Hitler habe direkten Befehl gegeben, daß von den Danzigern keine Zwischenfälle geschaffen werden sollten** (M. Klüver 1984, S. 398).

Obwohl von Polen wirtschaftlicher Druck auf Danzig ausgeübt wurde und die polnischen Zollinspektoren widerrechtlich bewaffnet wurden, beauftragte Hitler den Danziger Gauleiter Forster am 19.7.1939, dem Hohen Kommissar des Völkerbundes für Danzig, Burckhardt, vorzutragen, daß die Lösung des Danzigproblems auf Jahre verschoben werden könne: „*Mein Führer ist der Ansicht, alles müsse auf friedliche Weise gelöst werden, es sei nicht der Mühe wert, wegen Danzig einen Konflikt zu provozieren... Das Danzigproblem kann warten..., wenn die Polen keine Dummheiten machen*“, und am 11.8. erklärte Hitler Burckhardt persönlich:

„WENN DIE POLEN DANZIG IN RUHE LASSEN... DANN KANN ICH WARTEN. ABER EINE BEDINGUNG IST, DAß DIE LEIDEN UNSERER MINDERHEITEN IN POLEN AUFHÖREN... EIN FÜR ALLEMAL, ICH BIN BEREIT ZU VERHANDELN. ICH MÖCHTE MIT ENGLAND IN FRIEDEN LEBEN UND EINEN DEFINITIVEN PAKT ABSCHLIEßEN, ALLE ENGLISCHEN BESITZUNGEN IN DER WELT GARANTIEREN UND ZUSAMMENARBEITEN“

(C. Burckhardt 1960, S. 320, M. Klüver 1984, S. 263, 287).

Davon wurde das Foreign Office verständigt.

Hitler schlug vor, Burckhardt möge selbst nach London fliegen, um den Wunsch nach Entsendung eines deutschsprachigen Engländers zu übermitteln. *„Die Angelegenheit ist dringend, wenn wir Katastrophen vermeiden wollen“* (M. Klüver 1984, S. 287). Allein fünfmal wurde die englische Regierung von Henderson und Dahlerus von diesem Wunsch unterrichtet. Aber es geschah nichts.

In Warschau führte – ebenfalls am 11.8. – der englische General Ironside Gespräche, bei denen er unterstrich, daß jetzt in England *„alle Bedenken beseitigt wären und Chamberlain nicht noch einmal mit den Irrtümern von München beginnen werde... Danzig ist nichts als der Vorwand des zukünftigen Konflikts... Die englische Regierung verstehe die Wichtigkeit der Danziger Frage“* (A. v. Ribbentrop 1963, S. 380). Marschall Rydz-Smigly bekräftigte seinerseits gegenüber General Ironside, daß die deutschen Ziele mit der Existenz des polnischen Staates unvereinbar seien. Deswegen sei der Krieg unvermeidlich.

Nach einer Verschärfung der Lage durch ein polnisches Ultimatum von 5.8. an Danzig, das von der englischen Regierung gebilligt worden war, erklärte Halifax dem britischen Botschafter in Polen, Polen dürfe in keiner wichtigen Frage zum Nachgeben gedrängt werden. Aber Danzig nahm auf Veranlassung Hitlers das Ultimatum an. Drei Tage nach dem polnischen Ultimatum begannen die Bemühungen Görings, über seinen schwedischen Bekannten Dahlerus Kon-

takte nach England zu bekommen, die bis 1941 andauerten (siehe Kap. 14).

Der italienische Außenminister Graf Ciano verständigte am 18.8. den britischen Gesandten in Rom davon, daß Italien Deutschland im Kriegsfall nicht beistehen werde, was Halifax sofort an die französische Regierung weitergab (P. Nicoll 1999, S. 159).

Am 23. 8. beschlossen die Polen, 3/4 ihrer Armee-Einheiten auf Kriegsstärke zu bringen. Am gleichen Tage überbrachte Henderson an Hitler auf dem Obersalzberg ein Schreiben Chamberlains, in dem dieser die englische Entschlossenheit mitteilte, im Falle eines deutsch-polnischen Krieges Polen beizustehen. Gleichzeitig schlug er deutsch-polnische Verhandlungen vor. Er ging jedoch nicht auf den deutschen Vorschlag nach Übersendung eines deutschsprechenden Engländers ein.

Am gleichen Tag ordnete Hitler mündlich vor den Oberbefehlshabern – ein schriftlicher Befehl ist bislang nicht bekannt – die Möglichkeit eines Einmarsches in Polen am 26.8. an. „*Hierbei wurde von Hitler ausdrücklich angeordnet, daß das Anhalten des Heeres durch Gegenbefehl gewährleistet sein müsse. Dieser Gegenbefehl wurde am 25.8., 18.15 Uhr, gegeben.*“ Soweit Keitel in seinen Niederschriften beim IMT Nürnberg (U. Walendy 1965, S. 379).

Am 25.8. empfing Hitler Henderson und machte Vorschläge zur friedlichen Beilegung des Konflikts und: „*Er (Hitler) wünscht... mit England Abmachungen zu treffen..., die nicht nur die Existenz des britischen Weltreiches unter allen Umständen deutscherseits garantieren würden, sondern auch... dem britischen Weltreich die deutsche Hilfe sichereten...*“ (A. v. Ribbentrop 1963, S. 449 f.).

Diesen Vorschlag kommentierte Henderson gegenüber London: „... *ich fasse ihn wenigstens als eine Andeutung auf, daß Herr Hitler noch immer wünscht, einen Weltkrieg zu vermeiden*“ (A. v. Ribbentrop 1963, S. 451). Für die polnische Regierung war die sich hier abzeichnende letzte Möglichkeit zum friedlichen Ausgleich Anlaß zum Beschluß zur Generalmobilmachung. Anschließend gab Hitler den Befehl, den Termin für den Einmarsch in Polen, den Fall Weiß, auf den 26.8.1939 zu legen. Doch am 25. 8. um 18.15 Uhr widerrief er

den Einmarschbefehl für den 26.8. Der Befehl zum Einmarsch in Polen wurde unter der Voraussetzung erteilt, daß die Operationen in Polen nicht in einen europäischen Krieg einmünden würden (D. Hoggan 1976, S. 675). Am 27.8. unterrichtete Beck den englischen Botschafter Kennard: *„Die polnische Regierung hat angesichts der Sprache Hitlers in seiner Unterhaltung mit Henderson die totalę Mobilmachung beschlossen“* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 420). Die polnische Generalmobilmachung wurde am 30.8.1939 verkündet.

Am 25.8. wurde das englisch-polnische Beistandsabkommen vom Unterhaus ratifiziert, das gegenüber der Garantie vom 31.3.1939 für den Fall einer indirekten Bedrohung einen weiteren Blankoscheck für Polen enthielt. Es wurde die völlige militärische Unterstützung gegen *„jede Aktion einer europäischen Macht“* garantiert, *„welche direkt oder indirekt die Unabhängigkeit einer der vertragsschließenden Parteien bedroht und so geartet ist, daß die betreffende Partei den bewaffneten Widerstand als von lebenswichtiger Bedeutung betrachtet“* (D. Hoggan 1976, S. 672). Es enthielt ein geheimes Zusatzabkommen, welches Polen Rechte über Danzig zusicherte und eine Rückkehr Danzigs an das Reich unmöglich machen sollte sowie festlegte, daß sich der Vertrag ausschließlich gegen Deutschland richtete. Die Polen begannen bereits am gleichen Tage, deutsche Verkehrsflugzeuge zu beschießen.

Nach einer Besprechung Mussolinis mit seinem Außenminister Graf Ciano und dem italienischen Botschafter Attolico in Berlin verfaßte Mussolini am 25.8. ein Schreiben an Hitler, in dem er einen militärischen Beistand für Deutschland an unerfüllbare wirtschaftliche Forderungen knüpfte, die allein am fehlenden Transportraum scheitern mußten. Was Hitler nicht wußte, war, daß der italienische Außenminister Graf Ciano dem englischen Botschafter in Rom bereits am 18.8.1939 mitgeteilt hatte, Italien wolle Deutschland im Kriegsfall nicht beistehen. Wie sich später herausstellte, hätte der Beistand Italiens den französischen Oberbefehlshaber bewogen, den Kriegseintritt Frankreichs nicht zu empfehlen.

Außenminister v. Ribbentrop war gerade aus Moskau zurückgekehrt, als die am gleichen Tage vollzogene Ratifizierung des englisch-polnischen Beistandspaktes bekannt wur-

de. Es gelang ihm, Hitler zur Rücknahme des für den 26.8. gegebenen Einmarschbefehls zu bewegen, denn die Ratifizierung des Vertrages „*bedeute den Krieg mit England, wenn er gegen Polen vorgehe*“. Hitler widerrief den Befehl, weil „*er Zeit zum Verhandeln brauche*“ (A. v. Ribbentrop 1967, S. 396). Am 30.8. notierte Generalstabschef Halder: „*Falls Verhandlungen in London Verschiebungen nötig machen, dann Verschiebung auf den 2.9. Nach dem 2.9. soll nicht mehr geschlagen werden.*“

Damit ist eindeutig, daß die Moskauer Verträge vom 23.8. deutscherseits nicht als Auslöser für einen Krieg gegen Polen gedacht waren oder benutzt wurden, sondern: „*Die Abmachungen (mit der UdSSR) waren von uns auf längste Sicht und als dauernder Ausgleich gedacht*“ (A. v. Ribbentrop 1963, S. 409).

Die deutschen Absichten zur Erhaltung des Friedens, auch über den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages vom 23.8. hinaus, werden durch folgende Fakten belegt: Bei den Verhandlungen in Moskau wurde nicht über die Unabwendbarkeit eines Krieges gegen Polen gesprochen; in der Besprechung Hitlers mit den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 22.8. war nicht von deutschen Angriffsabsichten die Rede. Vielmehr hoffte Hitler, den Konflikt politisch lösen zu können; im Auftrag Hitlers und v. Ribbentrops machte F. Hesse H. Wilson vom Foreign Office am 20.8. ein Bündnisangebot, schlug deutsch-polnische Verhandlungen vor und teilte mit, daß Hitler Vorschläge für ein „*general settlement*“ machen möchte. Ein Memorandum zur Lösung des Konflikts, das von Dahlerus und Göring ausgearbeitet und Halifax am 27.8. von Dahlerus vorgelegt worden war, wurde von Halifax mit dem Vermerk abgelehnt: „*I don't think they are worth anything*“ (M. Klüver 1984, S. 335), „*Ich glaube nicht, daß sie irgendetwas wert sind.*“

In der Antwort der englischen Regierung auf das deutsche Angebot vom 25.8.1939 teilte diese am 28.8. nur mit, Polen sei zu direkten Verhandlungen mit Deutschland bereit, was überhaupt nicht den Tatsachen entsprach (D. Hoggan 1976, S. 700). Auf das eigentliche Angebot vom 25.8. ging sie nicht ein. Die deutsche Antwortnote vom 29.8. – die Anordnung der

polnischen Generalmobilmachung war der deutschen Seite bereits bekannt – schloß: „*Im übrigen hat die Deutsche Reichsregierung bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Exporte eines unabhängigen polnischen Staates in Frage zu stellen. Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen daher damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Königlichen Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, den 30.8.1939*“ (A. v. Ribbentrop 1967, S. 440), und „*die Deutsche Regierung wird Lösungsvorschläge ausarbeiten und diese vor Ankunft des polnischen Bevollmächtigten der englischen Regierung zur Verfügung stellen.*“ Dieses Angebot wurde erst am 31.8. von London nach Warschau weitergegeben, obwohl schon am 30.8. in Berlin ein polnischer Unterhändler erwartet worden war.

Henderson berichtete am 29.8. nach London: „*Ich habe das Wesentliche der deutschen Antwort dem französischen Botschafter mitgeteilt und ihn sehr nachdrücklich gedrängt, der französischen Regierung zu empfehlen, daß sie der polnischen Regierung rate, eine sofortige Reise von Herrn Beck vorzuschlagen, da diese m. E. die einzige Chance darstellt, den Krieg zu verhindern*“ (U. Walendy 1965, S. 405). **Aber der englische Botschafter in Warschau, Kennard, teilte Beck mit, die englische Regierung wünsche nicht, daß Lipski die deutschen Vorschläge entgegennähme** (D. Hoggan 1976, S. 747). Am 30.8. wurden die polnischen Mobilmachungsbefehle versandt. Die Verkündung der Generalmobilmachung war gleichbedeutend mit der Kriegserklärung (D. Hoggan 1976, S. 426).

Am Abend des 30.8. unterstützten die Briten entgegen ihrer Zusage vom 28.8. die polnische Nichtannahme der deutschen Vorschläge durch eine Note an Polen, in der sie die Annahme der deutschen Vorschläge als „*undurchführbar*“ bezeichneten. Henderson mußte das gegen 24.00 Uhr der Reichsregierung mitteilen (D. Hoggan 1976, S. 729).

Die deutschen Vorschläge, die der englischen Regierung schon durch Dahlerus bekannt gemacht worden waren, wurden sodann Henderson von v. Ribbentrop vorgelesen und

erläutert. Henderson gab sie um 2.00 Uhr an Lipski weiter, den er stark drängte, sofort direkte Kontakte zur Reichsregierung aufzunehmen. Die deutschen Vorschläge enthielten folgende Punkte:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt sofort in das Deutsche Reich zurück.
2. Das Gebiet des Korridors, von der Ostsee bis Marienwerder-Graudenz-Kulm-Bromberg (im wesentlichen Westpreußen), wird über seine Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland selbst entscheiden.
3. In der dazu vorgesehenen Abstimmung sind alle Deutschen und andere abstimmungsberechtigt, die am 1.1.1918 in diesem Gebiet wohnten. Die Abstimmung wird von einer internationalen Kommission überwacht, in der Italien, die Sowjetunion, Frankreich und England vertreten sein sollen.
4. Von diesem Gebiet bleibt der polnische Hafen Gdingen ausgenommen.
5. Die Abstimmung findet nicht vor 12 Monaten statt.
6. Für diese Zeit werden polnische und deutsche Transitwege durch das Abstimmungsgebiet festgelegt.
7. Über die Gebietszugehörigkeit entscheidet die einfache Mehrheit.
8. Je nach Abstimmungsergebnis wird entweder Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone zur Anlage einer Reichsautobahn und einer viergleisigen Eisenbahn oder Polen eine gleiche exterritoriale Verbindung nach Gdingen zugestanden.
9. Im Falle des Zurückfallens an das Reich erklärt sich dieses zu einem Bevölkerungsaustausch mit Polen bereit.
10. Etwa von Polen für Danzig ausgehandelte Sonderrechte sollen paritätisch auch Deutschland in Gdingen gewährt werden.
11. Danzig und Gdingen sollen unbefestigt und ohne militärische Einrichtungen bleiben.
12. Die Halbinsel Hela ist in jedem Falle zu demilitarisieren.
13. Die Schäden, die die deutsche Minderheit in Polen erlitt, sind durch eine internationale Kommission zu untersuchen und auszugleichen.

14. Die Rechte der Minderheiten in Polen und Deutschland sollen umfassend festgelegt werden.
15. Im Falle einer Vereinbarung auf dieser Grundlage werden Deutschland und Polen sofort ihre Streitkräfte demobilisieren.
16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachung notwendigen Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

Diese Vorschläge, die die Provinzen Posen und Oberschlesien ausklammerten, lagen am Morgen des 31.8. sowohl in London als auch in Warschau vor. Sie und damit Verhandlungen überhaupt wurden von den maßgeblichen Beamten des Foreign Office abgelehnt.

Über die Beratungen des englischen Kabinetts berichtete der Daily Telegraph in einer ersten Abendausgabe vom 31.8.: „Henderson habe die deutschen Vorschläge sofort nach London weitergeleitet. Das Londoner Kabinett habe das deutsche Memorandum nach Warschau weitergeleitet und die polnische Regierung habe nach seinem Empfang die Generalmobilmachung angeordnet“. Diese Abendausgabe wurde sofort beschlagnahmt und durch eine folgende ersetzt, in der der Satz über die polnische Generalmobilmachung nach Erhalt der deutschen Vorschläge entfernt war (B. v. Richthofen 1975. S. 116).

Am 30.8. wurden der britischen Botschaft in Berlin durch von Kleist-Schmenzin, der dem Widerstand angehörte, deutsche Operationspläne gegen Polen verraten, die sofort nach London und von dort am 31.8. nach Warschau weitergegeben wurden. Die französische und englische Regierung hatten schon in den Tagen davor Informationen des Widerstandes erhalten, wonach Hitler bei Kriegsbeginn gestürzt werden sollte.

Lipski lehnte Hendersons scharfe Vorstellung, v. Ribbentrop wegen der deutschen Vorschläge aufzusuchen, mit der Begründung ab: „daß dieser Plan eine Verletzung der polnischen Souveränität und völlig undiskutierbar sei. Er habe lange Jahre der Erfahrung in Deutschland..., daß die deutsche Moral im Zerbrechen sei und das gegenwärtige Regime rasch zusammenstürzen werde... Sollten die Alliierten Polen im Stich

lassen, so sei es bereit, allein zu kämpfen...“ (A. v. Ribbentrop 1967, S. 499). Von Beck erhielt Lipski die Anweisung, die deutschen Vorschläge nicht entgegenzunehmen.

Erst nachdem Lipski bei v. Ribbentrop am 31.8. um 18.30 Uhr die Entgegennahme abgelehnt hatte, befahl Hitler um 18.40 Uhr für den 1.9. den Einmarsch nach Polen mit den Worten: „*Ich kann es nicht zulassen, daß meine Deutschen wie das Vieh abgeschlachtet werden*“ (M. Klüver 1984, S. 371; zur Uhrzeit des Angriffsbefehls bei D. Hoggan 1976, S. 742: *12.40 Uhr*; bei A. v. Ribbentrop 1963, S. 499: *16.20 Uhr*; bei U. Walendy 1965, S. 423: *18.40 Uhr*).

Auf den 31.8.1939 fällt eine Reihe von Ereignissen, die ausgereicht hätten, um von einem völkerrechtlich eindeutig durch Polen gegebenen Kriegsgrund zu sprechen, von der Generalmobilmachung gar nicht zu reden, die gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung war (vgl. B. Schaposchnikow ca. 1930, in: W. Post 1995, S. 51) – die Polen planten einen sofortigen „Marsch nach Berlin“ (D. Hoggan 1976, S. 426). So gesehen war der deutsche Einmarsch nicht einmal mehr ein Präventivkrieg, sondern nur noch eine Maßnahme der Selbstverteidigung.

Am 31.8.1939 wurden der Eisenbahnverkehr nach Ostpreußen durch die Sprengung der Dirschauer Brücke durch Polen unterbrochen, Beuthen von polnischer Artillerie unter Feuer genommen, die „Schleswig-Holstein“, ein deutsches Linienschiff, von der widerrechtlich durch Polen zur Festung ausgebauten Westerplatte am Danziger Hafen aus beschossen und **der deutsche Generalkonsul in Krakau ermordet, was damals allein für sich bereits ein völkerrechtlich anerkannter Kriegsgrund war.**

In der Rede vor dem Reichstag am 1.9.1939 führte Hitler aus: „*Man hat versucht, das Vorgehen gegen die Volksdeutschen damit zu entschuldigen, daß man erklärte, sie hätten Provokationen begangen. Ich weiß nicht, worin die ‚Provokationen‘ der Kinder und Frauen bestehen sollen, die man mißhandelt und verschleppt, oder die ‚Provokationen‘ derer, die man in tierischster, sadistischster Weise gequält und schließlich getötet hat. Eines aber weiß ich: daß es keine Großmacht von Ehre gibt, die auf die Dauer solchen Zustän-*

den ruhig zusehen würde... Ich habe trotzdem noch einen letzten Versuch gemacht, ... habe ich einen Vermittlungsvorschlag der englischen Regierung angenommen... Und ich bin dann mit meiner Regierung volle 2 Tage gesessen und habe gewartet, ob es der polnischen Regierung nun endlich paßt, einen Bevollmächtigten zu schicken... Damit sind diese Vermittlungsvorschläge gescheitert, denn unterdeß war als Antwort auf diesen Vermittlungsvorschlag 1. die polnische Generalmobilmachung gekommen und 2. neue schwere Greuelthaten... Nachdem neulich in einer Nacht 21 Grenzzwischenfälle zu verzeichnen waren, sind es heute Nacht 14 gewesen, darunter 3 ganz schwere. Ich habe mich nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet“ (D. Domarus, 1988, S. 1312 f.).

Die Annahme einer deutschen Provokation durch das IMT Nürnberg in dessen Feststellung, daß Deutschland als seinen Anlaß zum Kriege den selbst fingierten Überfall auf den Gleiwitzer Sender gehabt habe, ist falsch. Die dieser Feststellung zugrundeliegende Darstellung, die in Schul- und Geschichtsbücher einging und die Joachim Fest, ehemaliger Mitherausgeber der FAZ, in seiner Hitler-Biographie noch um einige Tote erhöht hat, Heydrich habe den Überfall inszeniert und in polnische Uniformen gesteckte getötete KZ-Häftlinge als Beweismittel hinterlassen, beruht auf einer eidesstattlichen Falschaussage von Naujok vor dem IMT Nürnberg. Im Sender zu der betreffenden Zeit Anwesende sagten später aus, daß sich dort keine Zwischenfälle ereignet hätten (Wendig, H. 1995). Im übrigen hat Hitler in seiner oben auszugsweise zitierten Rede zur Rechtfertigung seines Vorgehens nirgendwo von dem Überfall auf den Sender Gleiwitz gesprochen.

Erst vor 15 Jahren wurde bekannt, daß im August 1939 durch nächtliche Einfälle polnischer Soldaten allein in den grenznahen Dörfern des Kreises Neidenburg/Ostpreußen etwa 100 Todesopfer unter der deutschen Bevölkerung zu beklagen waren (Der Schlesier, 25.6.1990; Anhang A10).

Um 23.00 Uhr des 31.8. meldete der Warschauer Sender: „... Deutschland hat vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort waren die militärischen Maßnahmen der polnischen Regierung. Keine Worte können jetzt

mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern. Deutschland strebt die Herrschaft über Europa an... Dieser unverschämte Vorschlag beweist deutlich, wie notwendig die militärischen Maßnahmen der polnischen Regierung gewesen sind“ (Ausw. Amt, 1939). Es ist bezeichnend, wie hier die maßvollen und durchaus berechtigten Vorschläge der deutschen Regierung zu Beweisen für „*die Aggressionspläne der neuen Hunnen*“, für ein Streben Deutschlands nach der „*Herrschaft über Europa*“ umgedeutet wurden.

Um 24.00 Uhr meldete der polnische Rundfunk: „*Wir sind auf dem siegreichen Vormarsch nach Berlin und werden Ende der Woche in Berlin sein. Die deutschen Truppen gehen an der ganzen Front in Unordnung zurück*“ (E. Löser 1980, S. 15).

In der Proklamation der Reichsregierung am Morgen des 1.9. hieß es dann richtig: „*Seit 4 Uhr 45 wird zurückgeschossen.*“

Chamberlain notierte am 10.9. in sein Tagebuch: „*Die letzten Tage der hingezogenen Agonien, die der wirklichen Kriegserklärung vorausgingen, waren so unerträglich, wie es nur sein konnte. Es lag uns daran, die Dinge sich zuspitzen zu lassen*“ (K. Feiling 1946, S. 417).

Am 1.9. wurde Mussolini die Bitte Daladiers nach einer Konferenz übermittelt und am 2.9. wurde dieser Plan nach Berlin abgesandt. Ribbentrop setzte dem italienischen Botschafter Attolico 12.30 Uhr auseinander, daß Deutschland diesen Plan annehmen werde, wenn zwei vorhergegangene englische und französische Noten keine Ultimaten seien. Nachdem das klargestellt war, kabelte Attolico 16.00 Uhr an Ciano, daß Deutschland diesen Vorschlag annimmt. Halifax verlangte vor Erwägung über diesen Plan den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen und Danzig und teilte Ciano mit, daß dieser Rückzug die wesentliche Voraussetzung der Konferenz für Großbritannien und Frankreich sei. Damit hatte Halifax „*die offizielle Stellungnahme Frankreichs zum Konferenzplan regelrecht gefälscht*“ (D. Hoggan S. 780).

Die amtliche französische Nachrichtenagentur Havas meldete am 2.9.1939: „*Die französische Regierung ist gestern, wie mehrere andere Regierungen, mit einem italieni-*

schen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befaßt worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die französische Regierung eine positive Antwort gegeben“ (H. Sündermann 1964, S. 66).

Hitler hat sich bereit erklärt, die Kampfhandlungen als notwendige Voraussetzung einer Konferenz einzustellen. Nachdem Chamberlain um 19.30 Uhr im Unterhaus erklärt hatte, Großbritannien könne nicht verhandeln, solange der Krieg andauere, zog Ciano um 20.00 Uhr den Konferenzvorschlag zurück. Um 20.30 Uhr teilte Bonnet Ciano mit, Frankreich habe die unmögliche britische Bedingung eines deutschen Rückzuges bislang noch nicht akzeptiert. (D. Hoggan 1976, S. 769-782).

Am 1.9. um 21.00 Uhr übergab Henderson eine Note der englischen Regierung mit der Forderung nach sofortigem Rückzug der deutschen Truppen aus Polen. In einem Telegramm wurde Henderson von Halifax beauftragt: *„Sie brauchen dieses der deutschen Regierung nicht mitzuteilen, aber Sie können es vielleicht für richtig halten, es sofort gewissen Stellen weiterzugeben, damit diese soviel Zeit haben, sich ihre Antwort zu überlegen“* (A. v. Ribbentrop 1967, S. 562). Damit sollte dem Widerstand das Signal zum versprochenen Umsturz gegeben werden, welcher der englischen Regierung die Kriegserklärung erspart hätte.

Am Abend des 1.9. beauftragte v. Ribbentrop den der deutschen Botschaft in London angehörenden Dr. Fritz Hesse, der englischen Regierung folgendes zur Kenntnis zu bringen: *„Bitte gehen Sie sofort zu Ihrem Vertrauensmann... und erklären Sie ihm folgendes: Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadensersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten, unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt“* (F. Hesse 1953, S. 210). De facto kam das einer Im-Voraus-Annahme von Forderungen gleich, die das folgende britische Ultimatum enthielt. Aber Wilson, mit dem Hesse im englischen Regierungssitz sprach, lehnte ab.

Am 2.9. früh um 9.00 Uhr stellten die Briten das Ultimatum, das um 11.00 Uhr ablief und für den Fall der Nichtan-

nahme die Kriegserklärung Englands an Deutschland bedeutete. Halifax bemerkte dazu: „*Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann*“ (U. Walendy 1965, S. 428). Zehn Minuten vor Ablauf der Frist teilte Dahlerus dem Foreign Office mit, Göring sei im Auftrage Hitlers bereit, sofort nach London zu fliegen. Aber auch das wurde abgelehnt.

Um 11.20 Uhr empfing v. Ribbentrop Henderson und übergab ihm die deutsche Antwort auf das Ultimatum: „*Die Deutsche Regierung und das Deutsche Volk lehnen es ab, Forderungen in Form von Ultimaten von der britischen Regierung entgegenzunehmen, zu akzeptieren, geschweige denn zu erfüllen...*“ Jedes Wort der Erklärung entspricht der historischen Wahrheit (siehe Anhang A 12). Die französische Kriegserklärung erfolgte um 17.00 Uhr.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Weizsäcker, der mit dem Widerstand sympathisierte, kabelte an alle deutschen diplomatischen Missionen: „*Damit ist die Saat der Männer aufgegangen, die in England seit Jahren die Vernichtung Deutschlands predigen. Dieser Verlauf zeigt klar volle Verantwortung Englands für Kriegsausbruch*“ (H. Splittgerber 1989, S. 49).

Bereits am 29.8.1939 hatte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses und nachmalige Staatschef Israels, Chaim Weizmann, in einem Brief an Chamberlain geschrieben: „*Ich wünsche in nachdrücklicher Form die Erklärung zu bestätigen, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und größten Dingen unter die zusammenfassende Leitung der britischen Regierung. Die jüdische Vertretung ist bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle personelle jüdische Kraft, ihre Technik, ihre Hilfsmittel und alle Fähigkeiten nützlich einzusetzen.*“ Diese, von der *Times* am 5.9.1939 veröffentlichte, vor der Kriegserklärung Englands abgegebene Erklärung, wurde von Richter Halevy während des Eichmannprozesses in Jerusalem als Kriegserklärung an Deutschland bezeichnet (E. Kern 1988, S. 218). Auf seiten der Alliierten haben Millio-

nen Juden gekämpft. Der Verteidiger von in Landsberg inhaftierten „Kriegsverbrechern“, Rechtsanwalt E. Engelhardt, schrieb am 15.1.1969 an Bundeskanzler Kiesinger zu dieser Kriegserklärung: *„Mit demselben Recht, mit dem die USA die Staatsbürger japanischer Rasse als potentielle Staatsfeinde evakuiert haben, mit demselben Recht konnte das Deutsche Reich die deutschen Staatsbürger jüdischer Rasse als potentielle Staatsfeinde evakuieren“* (G. Müller 1994, S. 202). Als in der Auslandspresse sensationell über die Internierung dänischer Juden 1943 berichtet wurde, hat H. Sündermann als stellvertretender Pressechef der Reichsregierung beim zuständigen Reichssicherheitshauptamt um grundsätzliche Information dazu ersucht. Er erhielt die Antwort, *„daß von den im deutschen Bereich lebenden Juden feindselige Handlungen zu erwarten und Sicherungsmaßnahmen nicht nur nach Kriegsrecht zulässig, sondern auch erforderlich seien. Es wurde auf die in der Tat erstaunliche Erklärung des Zionistenführers (und späteren Präsidenten von Israel) Dr. Chaim Weizmann (vom 29.8.1939) verwiesen“* (H. Sündermann 1964, S. 198). Dieser erklärte als Präsident des Jüdischen Weltkongresses in New York am 3.12.1942: *„Wir leugnen es nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist und zur Befreiung des Judentums geführt wird... Und wir sind das trojanische Pferd in der Festung des Feindes. Tausende in Europa lebende Juden sind der Hauptfaktor bei der Vernichtung unseres Feindes...“* (H. Bernhardt 1988, S. 308). Da die KZ-Problematik nicht Gegenstand dieses Buches ist, sei auf einschlägige Literatur verwiesen.

Nach Kriegsausbruch bekannte Chamberlain: *„Amerika und das Weltjudentum haben England in den Krieg gezwungen“* (Millis, W. 1951, S. 121, G. Franz-Willing 1979, S. 285). Chamberlain, der selber Großaktionär von Rüstungsfirmen war, die zum Konzern Imperial Chemical Industries des Lord Melchett of Langford (alias Alfred Moritz Mond) gehörten, hatte sich wohl auch deshalb in seinem Brief vom 10.9.1939 nicht den militärischen Sieg, sondern den *„Kollaps der deutschen inneren Front“* (K. Feiling, London 1946, S. 418) erhofft.

Der polnische Staatspräsident Moscicki erklärte nach der Niederlage im September 1939, daß Polen schließlich die Bedingungen Deutschlands habe annehmen wollen, von England aber daran gehindert worden sei (A. v. Ribbentrop 1974, S. 383).

H. Barnes urteilte über die Vorgänge der letzten Zeit vor Kriegsbeginn: *„Hitler war weit davon entfernt, etwa mit brutalen und unbilligen Forderungen überstürzt einen Angriffskrieg gegen Polen einzuleiten; er bemühte sich während der Augustkrise 1939 weit mehr, den Krieg abzuwenden, als der Kaiser während der Krise im Juli 1914. Und Hitlers Forderungen an Polen waren die angemessensten, die er während seiner ganzen Regierungszeit an irgendein Land richtete. Sie waren weit konzilianter als Stresemann und die Weimarer Republik es je in Betracht gezogen hätten... trugen die Engländer sowohl für den Ausbruch des deutsch-polnischen als auch des europäischen Krieges Anfang September 1939 nahezu die Alleinverantwortung. Lord Halifax, der britische Außenminister, und Sir Howard Kennard, der britische Botschafter in Warschau, waren weit verantwortlicher für den europäischen Krieg von 1939 als Sasonow, Iswolski und Poincaré für den von 1914“* (H. Barnes 1961, S. 15/16).

Das langjährige Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Senats der USA und der zeitweilige Führer der Opposition im Repräsentantenhaus, H. Fish, urteilte: *„Hätte Roosevelt die Einmischung unterlassen, die darin bestand, England und Frankreich im Glauben zu belassen, Amerika würde ihre Schlachten schlagen, dann wären sie eine friedvolle Übereinkunft im Streit mit Danzig eingegangen... Die Kriegshysterie wurde zur Raserei angeheizt. Die Haßkampagne ging vom Weißen Haus aus“* (H. Fish 1989, S. 38).

11 Die deutsche Aufrüstung bis Kriegsbeginn

Der britische Historiker A. J. P. Taylor schrieb 1961: *„Der Zustand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den*